

QUARTALSBERICHT

Projektland: ARGENTINIEN

Quartal/Jahr: I/2011

SCHLAGZEILEN

1. **Beginn des Wahljahres 2011**
2. **Gewerkschaftsführer Hugo Moyano unter Geldwäscheverdacht**
3. **Gewerkschaftsdemos gefährden Grundrechte**
4. **Hugo Chávez erhält Preis für Pressefreiheit**
5. **Mejía neue Generalsekretärin der UNASUR**
6. **Moreno verhängt Strafen für Consultingfirmen**
7. **IWF Berater beginnen INDEC-Reform**
8. **Importverbot verhängt**

Innenpolitik

Beginn des Wahljahres

Das Wahljahr 2011 wurde durch die Gouverneurswahlen der Provinz Catamarca eingeläutet. Am 13. März schaffte es die Senatorin Lucía Corpacci (PJ, Frente para la Victoria) mit 48,2% der Stimmen, den amtierenden Gouverneur Eduardo Brizuela del Moral (UCR, Radikale Bürgerunion), welcher 44,1% der Stimmen erhielt, zu entthronen. Dies ist ein bedeutender Triumph für das kirchneristische Regierungslager, da die Provinz seit 1991 von den „Radikalen“ regiert wurde. Auch die Präsenz diverser prominenter Repräsentanten des Radikalismus, wie beispielsweise Julio Cobos oder Ernesto Sanz, konnte der Wahlniederlage keinen Einhalt gebieten.

Im Anschluss fanden die Gouverneurswahlen der Provinz Chubut am 20. März statt. In der ersten Auszählung erhielt der Kandidat des Peronismo Federal, Martín Buzzi, 1551 Stimmen mehr als sein Gegner, der Kirchnerist Carlos Eliceche (PJ, Frente para la Victoria). Daraufhin wurde die Wahl von Seiten des Regierungslagers für fehlerhaft erklärt und eine Neuzählung der Stimmen veranlasst. Die Wahlkommission ließ zwei

Wahlurnen annullieren und diskutiert nun über die Möglichkeit einer erneuten Wahlrunde. Das endgültige Ergebnis ist noch ausständig.

Mauricio Macri, Regierungschef der Stadt Buenos Aires, setzte die Wahlen für das oberste Amt der Stadtregierung für den 10. Juli fest und beendete somit Spekulationen über eine mögliche Zusammenlegung des Termins mit den Präsidentschaftswahlen am 23. Oktober. (Voraussichtliche Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen siehe Quartalsbericht Nr. IV/2010).

Gewerkschaftsführer Hugo Moyano unter Verdacht der Geldwäsche

Die Schweizer Justiz untersucht derzeit den Gewerkschaftsführer der CGT (Confederación General del Trabajo), Hugo Moyano, sowie dessen unmittelbares familiäres Umfeld, seine Söhne Hugo und Pablo Moyano, aufgrund des Verdachts der Geldwäsche. Von Seiten der Schweiz wurde daher ein offizielles Ansuchen gestellt, alle Informationen aus in Argentinien anhängigen Verfahren gegen den Gewerkschaftsboss an die Schweizer Justizbehörden zu übermitteln. Bei den eingefrorenen Geldern handelt es sich um Konten der Geschäftsführer der Firma Covelia S.A., auf denen sich rund 1,87 Millionen Dollar befinden. Die Firma ist mit der Müllentsorgung der Hauptstadt Buenos Aires beauftragt und beschäftigt rund 3.000 Personen, welche allesamt der Gewerkschaft Moyanos (CGT) angehören.

Als klar wurde, dass die Regierung auf das Schweizer Ansuchen eingehen würde, drohte Moyano mit einem landesweiten Generalstreik, mit der Begründung, er sei Opfer eines Lügenkomplotts sowie einer mediatischen Hetzjagd gegen seine Person. Die argentinische Justiz ließ sich jedoch nicht einschüchtern von derartigen Drohungen und deklarierte Moyanos Vorgehensweise als komplett inakzeptabel. Schlussendlich konnte der Generalstreik abgewendet werden, da ein großer Teil der Gewerkschafter sich in diesem Fall nicht hinter Moyano stellen wollten. Von Seiten der Regierung kam jedoch keine Kritik am Verhalten des Gewerkschaftsführers. Kabinettschef Aníbal Fernandez erklärte stattdessen, das Ansuchen der Schweizer Justiz sei einfach nur „scheußlich“.

Dies ist ein klarer weiterer Fall des Machtmissbrauchs von Hugo Moyano, welcher durch Androhung eines Generalstreiks seine privaten Interessen zu verteidigen sucht.

Gewerkschaftsdemonstrationen gefährden Grundrechte

Die Pressefreiheit wird in Argentinien von Präsidentin Cristina Fernandez de Kirchner nicht großgeschrieben. Am 27. März besetzten rund 40 Personen, Mitglieder der Gewerkschaft für Grafiker der Region Buenos Aires, die Druckereien der Medienkonglomerate Clarín und La Nación. Unterstützt wurden sie tatkräftig durch Mitglieder der CGT, der Gewerkschaft Hugo Moyanos, und verhinderten so die Auslieferung von Millionen von Zeitungen und Magazinen, die von diesen beiden Mediengruppen produziert werden. Das Informationsrecht ist in der argentinischen Verfassung verankert; es ist Pflicht des Staates, den freien Zugang zu Medien zu garantieren. Demnach hätte die Polizei gegen die Demonstranten einschreiten müssen, diese jedoch weigerte sich, den Randalierern Einhalt zu gebieten. Selbst nach einer

richterlichen Aufforderung wurde keine polizeiliche Präsenz gezeigt. Nach 12 Stunden gaben die Demonstranten die Druckereien wieder frei, das eigentliche Ziel ihrer Demonstration blieb jedoch bisweilen unklar.

Nach heftigen Protesten der Bevölkerung und der Opposition aufgrund der Tatenlosigkeit der Polizei, veröffentlichte die Sicherheitsministerin Nilda Garré eine Stellungnahme, in der sie die Demonstration als ein rein gewerkschaftliches Problem darstellte und daher keinen Grund sah, einem Polizeieinsatz zuzustimmen. Ebenso weigerte sich die Ministerin, dem Aufruf der Opposition nachzukommen, bei einer parlamentarischen Befragung ihre Entscheidung zu erläutern. Die Präsidentin bewahrte Stillschweigen zu dem Thema, obwohl sie mehrfach dazu aufgefordert wurde, derartiges Verhalten zu verurteilen. Daraufhin hat ein Zivilrichter Klage beim Strafgerichtshof eingereicht. Nun muss erörtert werden, ob Garré eine Straftat beging, indem sie sich weigerte, der richterlichen Anordnung, die besetzten Druckereien durch Einsatz der Sicherheitskräfte zu räumen, nachzukommen. Scharfe Kritik an dem Vorfall kam auch aus dem Ausland; die USA verurteilten den „Angriff auf die Pressefreiheit“.

Außenpolitik

Staatsbesuch von Hugo Chávez samt polemischer Preisverleihung

Der venezolanische Präsident Hugo Chávez besuchte Ende März Argentinien, nicht nur um die gute Beziehung zu Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner zu pflegen, sondern auch um einen Preis für sein „tiefgründiges und authentisches Engagement für die Freiheit der Völker Lateinamerikas“ der Universität von La Plata entgegenzunehmen. Die Abteilung für Kommunikationswissenschaften und Journalistik der Universität La Plata händigte Chávez den „Rodolpho-Walsh“ Preis aus, für seine aufopfernde Arbeit im Kampf für die Pressefreiheit. Normalerweise wird dieser Preis, benannt nach einem während der Militärdiktatur verschwundenen Journalisten, an renommierte Journalisten und Forscher der Kommunikationswissenschaften verliehen. Daher war der Aufschrei der unabhängigen Presse umso grösser, als bekannt wurde, an wen der Preis dieses Jahr verliehen würde. Bei der Preisverleihung erzürnte sich der venezolanische Präsident über die zynischen Kommentare aus der internationalen Medienlandschaft und ließ sich als Verteidiger der Grundrechte der lateinamerikanischen Völker feiern. Ebenso dementierte er die Schließung von 33 nicht-regierungstreuen Radiokanälen in Venezuela und bezichtigte diejenigen, die diese Informationen veröffentlichten, Teil einer „Diktatur der Medien“ zu sein, welche „mit sofortiger Wirkung zu Fall gebracht werden müsse“. Der „Rodolpho-Walsh“ Preis wurde in den letzten vier Jahren ausschließlich an Getreue der Kirchneristischen Bewegung verliehen. Der Präsidentschaftsvorkandidat der UCR (Union Cívica Radical), Ricardo Alfonsín, verglich treffend die Preisverleihung an Chávez mit der „Verleihung eines Preises für religiöse Toleranz an Tomás de Torquemada“ (Erster Großinquisitor Spaniens).

Neue Generalsekretärin der UNASUR gewählt

Nachdem der letzte Generalsekretär der UNASUR (Union Südamerikanischer Staaten), Néstor Kirchner, während seiner Amtszeit im vergangenen Oktober plötzlich verstarb,

wurde seine Position nun neu besetzt. Die Wahlen zur neuen Generalsekretärin der UNASUR konnte die Kolumbianerin María Emma Mejía klar für sich entscheiden. Die ehemalige Kolumbianische Außenministerin unter Ernesto Samper wurde einstimmig in ihr neues Amt gewählt, alle 11 Mitgliedstaaten sprachen ihr Vertrauen aus. Sie wird ein Jahr lang das Amt der Generalsekretärin bekleiden, so wie es die UNASUR in ihren Gründungsverträgen vorsieht. Mejía gehört der linksgerichteten Partei „Polo Democrático Alternativo“ an und bekleidete vormals zwei Ministerposten in der Regierung Samper: von 1995-1996 war sie Bildungsministerin und von 1996-1998 Außenministerin.

Die neue Generalsekretärin zeigte sich äußerst erfreut über ihre Benennung und verkündete, sie werde nicht nur in der Politik aktiv sein, sondern auch die Kooperation auf der Ebene von Energie, Gesundheit, Sozialer Entwicklung und Handel fördern. Ebenso will sie als versöhnliche Akteurin zwischen den UNASUR-Ländern auftreten und mehr Solidarität zwischen den einzelnen Völkern aufbringen.

Wirtschaft & Handel

Strafen für Consultingfirmen

Die Polemik rund um das nationale Statistikinstitut INDEC weitet sich aus. Die gravierende Diskrepanz zwischen den offiziellen Zahlen des INDEC und den von privaten Consultingfirmen erhobenen Ziffern ist ein allgegenwärtiges Problem. Mittlerweile bedient sich auch die Justiz des privatwirtschaftlich erhobenen Preis- und Inflationsindex, da die offiziellen Zahlen äußerst realitätsfremd sind. Nun beschloss der umstrittene Staatssekretär für Binnenhandel, Guillermo Moreno, gegebenenfalls Strafen in Höhe von bis zu 500.000 Pesos (ca. 100.000 Euro) für die privaten Unternehmen zu verhängen. Von nun an muss die verwendete Methodologie der Statistikerhebung bekannt gegeben werden, ebenso wie alle Personen und Institutionen, die Informationen zu den diversen Preiserhebungen liefern, bis hin zu detaillierter Information zu jedem einzelnen Produkt (vor allem in der Kategorie „Lebensmittel“). Die Strategie der Regierung bereitet unabhängigen Beobachtern große Sorge. Seit Einführung der verschärften Regeln wurden zwar weniger Statistiken publiziert, die, die jedoch weiterhin an die Öffentlichkeit gelangen und den Regierungszensus überstehen, bezeugen weiterhin eine drastisch hohe Inflation (2% alleine im Monat März 2011). Ebenso bemerkenswert ist, dass sich die Gewerkschaften bei Gehaltsverhandlungen mit der Regierung auf die privaten Indize beziehen und die Regierung diese auch zulässt. So wurde kürzlich den Gewerkschaftsmitgliedern der CGT eine 22-prozentige Gehaltserhöhung zugesagt, als Inflationsausgleich für das vergangene Jahr. Laut INDEC liegt die Inflation des Jahres 2010 jedoch nur bei 10,9%.

IWF Berater beginnen Arbeit im INDEC

Aufgrund eines Ansuchens seitens der argentinischen Regierung begannen zehn technische Berater des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit ihrer Arbeit im umstrittenen Nationalen Statistikinstitut INDEC. Sie sollen dabei behilflich sein, einen realitätsgetreuen landesweiten Preis- und Inflationsindex zu erstellen. Eine kürzlich

veröffentlichte Studie von fünf öffentlichen Universitäten der bevölkerungsreichsten Provinzen des Landes zeigt, dass die offiziellen Statistiken „nicht vertrauenswürdig“ und eine Reform des INDEC „äußerst dringend“ seien. Bemerkenswert ist, dass die Anzahl der Mitarbeiter seit 2007 um 24,9% gestiegen ist, sich dies jedoch in keiner Weise in einer höheren Produktivität des Instituts niederschlägt. Ebenso ist ein konkreter Mangel an gut ausgebildeten Personen zu verzeichnen, und rund 78% der Direktionsposten sind derzeit nicht besetzt. Während vor 2007 noch rund 90.000 Preise erhoben wurden, um einen Index zu erstellen, so sind es heutzutage weniger als 30.000. Im Laufe der kommenden Monate wird sich weisen, inwieweit die Regierung die Anregungen der IWF-Berater umsetzen wird.

Importstopp für zahlreiche Güter verhängt

Im Februar verhängte die Regierung einen unerwarteten Importstopp für eine Vielzahl von Gütern. Ab sofort müssen Importeure eine Spezialerlaubnis der Regierung einholen, um Güter nach Argentinien einzuführen; der Staat hat 60 Werkzeuge Zeit, eine solche Erlaubnis zu erteilen oder abzulehnen. Während die Maßnahme von inländischen Produzenten gefeiert wurde, äußerten sich multinationale Firmen empört.

Derzeit werden Importe aus dem Sektor Automobilindustrie am Zoll festgehalten, betroffen davon sind vor allem Produzenten wie beispielsweise Audi, BMW, Mercedes-Benz, Volvo, etc. Die Einführung dieser Autos ist von nun an nur noch dann möglich, sofern der Importeur nachweisen kann, dass ein Äquivalent in Form von anderen Gütern oder Dienstleistungen exportiert wird. Dasselbe gilt auch für Elektronik und „white-goods“, wie Kühlschränke oder Waschmaschinen. Während internationale Firmen (Dell, HP, Sony, Samsung, Apple) großen Schaden davon tragen, freuen sich die lokalen Produzenten, allen voran in der Provinz Feuerland, in der sich ein Großteil der Fabriken befindet.

Die jüngsten Importbeschränkungen können als weiterer Beweis für die protektionistische Wirtschaftspolitik der Regierung Kirchner gewertet werden, denn mit der aktuellen Maßnahme kann eventuell zwar die Handelsbilanz temporär erhöht werden, auf lange Sicht jedoch manövriert sich Argentinien weiter ins „wirtschaftliche Abseits“ des internationalen Handels.

Als Reaktion auf die jüngste Handelskrise beschloss das Europäische Parlament, eine Beschwerde bei der Europäischen Kommission einzulegen und forderte diese auf, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um das Importverbot aufzuheben. Diese unangenehme Episode wirft Fragen über den Ausgang der geplanten Handelsverhandlungen zwischen der EU und dem MERCOSUR (Gemeinsamer Markt Südamerikas) auf. Auch Mercosur Partner, wie Brasilien und Uruguay, sind von den argentinischen Importverboten betroffen und äußerten sich besorgt über die „erratische“ Verhaltensweise ihres Nachbarn. So stellten sie das Engagement Argentiniens für das Projekt Mercosur in Frage.

Gez. Dr. Mariella Franz, Projektleiterin in Buenos Aires, Argentinien

Bericht erstellt unter Mitarbeit von Andrea Wolf & Lucas de Nardo,
Projektmitarbeiter

IMPRESSUM

Erstellt: 06.04.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iz@hss.de | www.hss.de